

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Rückkehr zu G9“



Die Rückkehr zu G9 ...

... ist von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen und wird durch die Leitentscheidung der Landesregierung umgesetzt. Nun gilt es, den Umstellungsprozess bestmöglich zu organisieren und das neue G9, beispielsweise durch die längst überfällige Entwicklung neuer Kernlehrpläne, qualitativ hochwertig umzusetzen.

... halten wir für richtig. Die Politik – auch die SPD – hat sich von Wirtschaftsverbänden in eine Verkürzung der Schulzeit treiben lassen. Verschärft haben das CDU und FDP bei der Umsetzung: Sie haben in der Mittelstufe gekürzt und damit den Druck auf die Kinder in der Pubertät damit deutlich erhöht.

Die Option, G8 beizubehalten ...

... ist ein sinnvolles Angebot, welches die Wahlfreiheit von Schülern, Eltern und Lehrern respektiert. Durch die Entscheidungsmöglichkeit der Schulkonferenz wird Schulen mit einem gut funktionierenden achtjährigen Bildungsgang die Möglichkeit eröffnet, dieses System beizubehalten. Auch Schulen, die sich für die Beibehaltung des G8 entscheiden, erhalten zusätzliche Unterstützung für eine qualitativ hochwertige Umsetzung.

..., trägt erneut Unruhe in die Schulen. Eltern und Schülerinnen und Schüler, die selbst nicht betroffen sind, entscheiden über den Bildungsgang ihrer Nachfolger. Im ländlichen Raum gibt es keine Wahlmöglichkeit und in den Städten die zusätzliche Verunsicherung, ob man einen Platz an der gewünschten Schule bekommt.

Die Finanzierung ...

... wird aufgrund des Konnexitätsprinzips in einem transparenten und offenen Verfahren gemeinsam mit der kommunalen Familie sichergestellt. Eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für diese Gespräche bietet dabei ein Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Schule und Bildung.

... der Rückkehr zu G9 muss gesichert und die Kosten sollten zeitnah ermittelt werden. Das Gesetz zu G9 und das Gesetz zur Konnexität müssen zwingend zeitgleich wirksam werden. Dies alles muss geschehen, bevor die Schulkonferenzen eine Entscheidung treffen, damit alle handelnden Akteure die genauen Auswirkungen kennen. Und vor allem dürfen die Kommunen nicht unnötig belastet werden.

Schülerinnen und Schüler ...

... stehen im Mittelpunkt unserer Schulpolitik. Immer wieder wurde im Vorfeld der Leitentscheidung der Wunsch geäußert, Schülerinnen und Schülern mehr Zeit bis zum Schulabschluss zu geben. Diesem Wunsch kommt die NRW-Koalition mit dem Gesetzentwurf nach und gibt zugleich leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, auch an einem G9-Gymnasium, alleine oder in Gruppen Klassen zu überspringen.

... wollen mehrheitlich keine starren Bildungsgänge mehr, sondern die Möglichkeit für einen flexiblen Weg zum Abitur. Diese zusätzliche Zeit kann für ein Praktikum, einen Auslandsaufenthalt, ehrenamtliches Engagement oder zum Ausgleich von Defiziten genutzt werden. Dafür sollen Schulen den Rahmen bieten. Wir müssen die Zeit dringend für eine Oberstufenreform nutzen.



... ist ein notwendiger und richtiger Schritt. Die Akzeptanz für G8 ist in großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr ausreichend vorhanden, sodass die Leitentscheidung für G9 dem Wunsch vieler Eltern sowie Schülerinnen und Schüler entspricht. Wir nehmen die Sorgen und Wünsche der Familien ernst. Bei allen Überlegungen muss stets die Qualität gymnasialer Bildung im Zentrum stehen.

... ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, sollen diesen Weg auch weiterhin gehen können. Einen Zwang zur Rückkehr zu G9 lehnen wir Freie Demokraten ab. Wir hören auch die Meinung einer qualifizierten Minderheit und stärken die Eigenverantwortlichkeit der Schulen vor Ort. Darauf haben wir uns im Koalitionsvertrag mit der CDU verständigt und dabei bleiben wir auch.

... ist für die Schulträger ein wichtiges Thema. Gleichzeitig zum 13. Schulrechtsänderungsgesetz wird ein Belastungsausgleichsgesetz in Kraft treten. Schulministerin Yvonne Gebauer hat zugesagt, den Trägern ein fairer Partner zu sein. Das Land hat angekündigt, die kommunalen Kosten, die im Rahmen des G9-Gesetzes entstehen werden, zu übernehmen.

... sind der Ausgangs- und Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Der Wunsch nach G9 an Gymnasien entspringt aus der Mitte vieler Schülerschaften und deren Eltern. Im Gesetzesentwurf ist neben der Option für G8 aber auch das sogenannte Springermodell verankert. Leistungsstarken Schülerinnen und Schülern wird damit das Überspringen einer Klasse, auch in Gruppen, ermöglicht.



... ist die Lehre aus einem schwierigen Prozess. CDU und FDP haben den massiven Eingriff in der Sekundarstufe I zu verantworten. Das verlangte Schulen und Schulträgern viel ab. Es gelang dann trotz aller Bemühungen zur Schulentwicklung nicht, die Unzufriedenheit bei Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften aufzulösen. Deshalb tragen wir GRÜNE den Weg zurück zu G9 im Grundsatz mit.

... unterhöhlt die notwendige klare Leitentscheidung für G9. Sie macht Schulwechsel z.B. bei Umzügen schwieriger. Da Schwarz-Gelb im Gesetzentwurf trotz breiter Kritik vorsieht, dass Schulen auch nach 2019 zwischen G8 und G9 wechseln können, sorgt die Landesregierung für weitere Unsicherheit in Schulen und Kommunen. Sie verursacht zudem erheblichen Mehraufwand, da auch für G8 weiter Lehrpläne überarbeitet werden müssen.

... zusätzlicher Lehrerstellen und notwendiger Investitionen darf nicht zulasten anderer Schulformen und der Kommunen gehen. Die Kosten für den erhöhten Raumbedarf (z.B. Klassen-, Differenzierungsräume, Ausstattung, Außenanlagen), aber auch für Schülerfahrkarten und steigende Betriebskosten wie beispielsweise Sekretariate sind konnexitätsrelevant und müssen vom Land in voller Höhe ersetzt werden.

... benötigen in allen Schulen mehr individuelle Förderung und Möglichkeiten, durch individuelle Lernzeiten und Lernwege das Tempo ihrer Lernbiografie zu bestimmen. Ein G8-Zweig ist hierfür nicht der richtige Weg, stattdessen brauchen die Schulen die pädagogische Freiheit, solche individuellen Wege zu ermöglichen, wie es an einigen Gymnasien und Gesamtschulen im Land schon erfolgreich praktiziert wird.



... ist die logische Konsequenz aus der Einsicht, dass der Versuch einer Effizienzsteigerung, der den Betroffenen viel zu lange schwerwiegende Belastungen auferlegt hat, grandios gescheitert ist. Die Beendung der verunglückten Schulzeitverkürzung am Gymnasium ist somit ein begrüßenswerter Schritt, wie ihn die AfD-Landtagsfraktion schon im Juli 2017 in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.

... bedeutet in erster Linie eine Übertragung von Verantwortlichkeit auf die einzelne Schule; damit würde die Politik die eigene Verantwortung fahrlässig abwälzen. Hinzu käme eine Verunsicherung, die Schüler, Eltern und Lehrer gleichermaßen betraf. Für unser Land benötigen wir jedoch ein grundständiges G9 mit Individualisierungsoptionen.

... einer Rückkehr zu G9 gestaltet sich in Anbetracht der politisch auferlegten Probleme der letzten Jahre schwieriger als nötig. Unabhängig davon können Finanzierungshürden kein Argument sein, die Rückführung dieses Irrwegs infrage zu stellen: Jeder einzelne in die Bildung investierte Euro zahlt sich vielfach aus!

... erhalten durch eine Rückkehr zu G9 die notwendige und so überaus wertvolle Zeit für ihren persönlichen Reifungs- und Entwicklungsprozess zurück. Jungen Menschen wurden durch die Verdichtung der gymnasialen Bildung wertvolle Entfaltungschancen im außerschulischen Bereich entzogen.